

Landkreis Böblingen Haushalt 2023

Rede Landrat Roland Bernhard 10. Oktober 2022

Es gilt das gesprochene Wort

Modus Dauerkrise fordert heraus!

Sehr geehrte Damen und Herren Kreisräte, verehrte Gäste,

Klimawandel, Corona, Ukraine, Energiekrise, Inflation, Rezession. Die Welt ist im Dauerkrisen-Modus. Was ist heute noch sicher? Was ist heute noch gerecht?

„Ungerechtigkeit an einem Ort bedroht die Gerechtigkeit an jedem anderen.“ So sagte es Martin Luther King. Man könnte auch sagen: Der **russische Angriffskrieg** in der Ukraine erschüttert Europa und bedroht unseren Frieden.

Freiheit, Demokratie, die Souveränität eines Nationalstaates stehen auf dem Spiel. Mein Respekt gilt den Menschen in der Ukraine, die sich seit mehr als einem halben Jahr erbittert ihrer Haut erwehren und für ihre Werte kämpfen.

Die Menschen aus der Ukraine haben wir bereitwillig aufgenommen. Es macht mich stolz, wie unsere Bürgerinnen und Bürger helfen. Und es macht mich stolz, was die Kommunen und die Kreisverwaltung alles auf die Beine stellen, um die Menschen aus der Ukraine zu versorgen: 4.000 Flüchtlinge fanden bis dato Aufnahme im Landkreis Böblingen. Die Mehrheit kam privat unter. Allen helfenden Händen danke ich aus tiefem Herzen für diese großartige Solidarität. Das hat uns näher gebracht.

Allerdings wächst inzwischen die Zahl der Flüchtlinge aus anderen Ländern deutlich an. Wir sind über dem Zugangsniveau von 2015/2016 und müssen unsere Kapazität mittelfristig auf 3.000 erhöhen. Die Kommunen sind bei der Anschlussunterbringung am Anschlag, erste Hallenbelegungen sind im Gange. Bund und Land dürfen die Kommunen, aber auch die Bevölkerung nicht überfordern.

Infolge des Krieges stecken wir in einer weiteren Krise, in einer faustdicken **Energiekrise**. Die Preise für Gas und Strom schießen durch die Decke, Lieferketten sind gestört. Die Inflationsrate klettert auf einen zweistelligen Bereich. Eine Rezession über mehrere Jahre hinweg ist nicht mehr von der Hand zu weisen. Der

Staat stemmt sich mit aller Macht dagegen und wendet Geld in schwindelerregender Höhe auf. Bazooka, Wums und Doppelwums sollen es richten. Keiner weiß, wann diese hohen Schulden je zurückbezahlt werden. Die Not für existenzielle Güter ist für die meisten Menschen ein absolutes Novum. Sie zu bekämpfen ist nicht nur Aufgabe des Staates und der Kommunen, sondern jede und jeder muss seinen Beitrag leisten.

Apropos Krise: auch bei **Corona** sind wir noch nicht überm Berg. Im ÖPNV und in den Kliniken sind immer noch finanzielle und personelle Engpässe zu beklagen. Zudem kann uns die Pandemie im Winter wieder stärker fordern.

Zu allem Überfluss fällt den Regierungen in Brüssel, Berlin und Stuttgart immer wieder Neues ein, was die kommunale Ebene noch leisten soll. Der Staat darf nicht immer neue Begehrlichkeiten wecken, die die kommunale Basis nicht mehr erfüllen kann. Bescheidenheit und mehr Eigenverantwortung ist angesagt. Es muss Schluss sein mit immer neuen Versprechungen. Wenn es Hilfen braucht, müssen sie gezielt eingesetzt werden, Gießkannen können wir uns nicht leisten.

Meine Damen und Herren, Dauerkrisen und ein immer höherer Leistungsstandard trüben den Ausblick in die Zukunft. Niemand weiß, wo die Reise hinführt. Ich bin geneigt, an dieser Stelle Gottfried Keller zu zitieren, der einmal gesagt hat: *„Es ist auf Erden keine Nacht, die nicht noch ihren Schimmer hätte.“*

Bei der Haushaltsplanung 2023 haben wir uns daher notgedrungen von folgenden **Prämissen** leiten lassen:

- Wir konzentrieren uns auf das wichtigste und bilden Prioritäten,
- Wir achten bei jeder Aufgabe darauf, dass sie finanziell und personell noch leistbar ist,
- Wir gehen bei unseren Planungen stark ins Risiko und...
- ...wir setzen auf das Prinzip Hoffnung.

Nun zu den **Eckpunkten des Haushaltes**, zunächst zur Einnahmeseite. Sie hängt stark an der Steuerkraft. Diese sinkt, leider. Maßstab für sie ist das Jahr 2021. Der weitere Sinkflug infolge des Angriffs auf die Ukraine ist dabei noch gar nicht berücksichtigt. Er wird uns im Kreishaushalt 2024 noch Kopfzerbrechen bereiten.

Beim Ranking der Steuerkraft unter den 35 Landkreisen stehen wir noch vergleichsweise gut da (5. Platz). Allerdings gehören wir zu den elf von 35 Landkreisen in Baden-Württemberg, deren Steuerkraft bereits in 2023 sinkt! D.h.: bei Annahme des gleichen Hebesatzes würde die Kreisumlage steuerkraftbedingt um ca. 6 Mio. € schrumpfen. Mager sieht es auch bei den anderen Einnahmen aus.

Lediglich die Schlüsselzuweisungen steigen nach Abzug der FAG-Umlage zwar leicht an um rund 2,3 Mio. Euro. Dies ist aber vor allem unserer gestiegenen Einwohnerzahl zu verdanken und fällt im Vergleich zu Vorjahren niedrig aus.

Bei der Grunderwerbsteuer erleben wir einen starken Rückgang. So unterschreiten wir für das laufende Jahr den Ansatz um rd. 8 Mio. Euro. Immobilienmarkt und Bausektor verzeichnen Einbrüche. Weniger Immobilienkäufe reduzieren auch die Einnahmen aus Gebühren für Bauanträge.

Die Einnahmen durch Gebühren und Bußgelder bleiben bestenfalls stabil. Im Bereich der Verkehrsüberwachung überlegen wir uns, zur Erhöhung der Verkehrssicherheit einen weiteren Enforcement-Trailer anzuschaffen. Die Gebühren werden wir bald neu kalkulieren, um den tatsächlichen Aufwand abzubilden.

Fazit: Die Einnahmen welken dahin, wir sind nicht länger auf Rosen gebettet. Hier fehlen uns im Vergleich zu den Vorjahren gut und gerne mehr als 10 Mio. €. Jeder Vorschlag, unsere Einnahmen zu erhöhen, ist herzlich willkommen.

Nun zur Ausgabenseite:

Sie steigen in horrendem Mass und zwar in fast allen Budgets. Eine derart geballte Ausgabenwucht kenne ich aus keinem Haushalt, den ich in 14 Jahren Landrat und zuvor 12 Jahren Kämmerer erlebt habe. Das ganze erscheint wie ein böser Traum, der leider wirklich ist.

- Das Sozialbudget steigt: wachsende Fallzahlen in der Eingliederungshilfe und Rechtskreiswechsel bei Flüchtlingen lassen grüßen
- Das ÖPNV-Budget steigt: Rettungsschirm und Ausbau von Leistungen fordern gleich zweifach
- Das Personalbudget steigt: Löhne wachsen und Standards zwingen zu mehr Personal
- Das Klinik-Defizit steigt. Corona und Energiekrise schlagen ins Kontor.

Diese Steigerungen machen addiert rund 31 Mio. Euro! Das ist der helle Wahnsinn. Ich habe mit dem Kreiskämmerer Herrn Hinck lange gehirnt und gerechnet, wie wir das Loch stopfen können.

Am einfachsten fällt uns, wie versprochen, das verfügbare positive **Rechnungsergebnis** aus 2021 gutzuschreiben. Dazu legen wir noch das zu erwartende Ergebnis für 2022 drauf. Das macht zusammen fast 14,7 Mio. Euro. Damit erfüllen wir – zugegeben etwas widerwillig und daher etwas spät – eine Bitte des Kreistages. Offen lassen wir noch ein Minus von 1,5 Mio. €, für das Jahr 2023.

Ab jetzt wird's erheblich schwieriger. In etlichen Positionen gehen wir noch mehr ins Risiko und schrammen dabei hart an der Kante eines genehmigungsfähigen Haushaltes vorbei.

Zahlenkunst und Risiko allein reichen aber nicht aus. In internen Sparrunden haben wir den Rotstift angesetzt. Der Spielraum ist eng, die Pflichtaufgaben dominieren. Bei

den freiwilligen Aufgaben sind wir nicht wirklich „frei“, erfüllen idR Beschlüsse des Kreistages.

Den **Stellenplan** haben wir von 70 auf 42 Stellen reduziert. Sie sind durch den Gesetzgeber vorgegeben und unverzichtbar. Die Personalkosten steigen netto um 6,5 % und liegen bei 85,4 Mio. Euro. Mehr als $\frac{3}{4}$ des Aufwuchses sind durch Tarifsteigerungen und Besoldung sowie Krisenbewältigung vorgegeben. Wir setzen darauf, durch unterjährige Personalveränderungen einen Sparbeitrag zu erzielen. Bei den Personal- und Sachkosten sollen nur 95 % freigegeben werden, 5 % wollen wir einsparen. Wir wollen das nicht ex Cathedra tun, sondern passgenau und in dezentraler Mitverantwortung. Dabei gilt es, Aufgaben laufend kritisch zu bewerten, Prozesse zu optimieren sowie die Möglichkeiten der Digitalisierung zu nutzen.

Eines möchte ich jedoch mit aller Klarheit sagen: Die Krisen der jüngsten Zeit haben meinen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter unwahrscheinlich viel Kraft abverlangt. Sie arbeiten an ihrer Leistungsgrenze, manche darüberhinaus. In einigen Bereichen sind wir mit Kündigungen oder Krankmeldungen konfrontiert, die Besetzung freier Stellen gestaltet sich schwierig. Durch unsere Arbeitgebermarke sowie ein Bündel an Maßnahmen zur Personalbindung und -Gewinnung machen wir uns auf den Weg, weiterhin attraktiv zu sein.

Fazit: Die Personalausgaben – wie alle anderen Ausgabenblöcke steigen trotz aller Bemühungen kräftig an!

Alles was wir tun können, tun wir, es reicht aber nicht aus, um den **Kreisumlage-Hebesatz** stabil zu halten. In den letzten zehn Jahren konnten wir ihn Jahr für Jahr senken. Man erinnere sich: Wir waren einmal bei der Marke um 40 % und liegen für 2022 unter der 30 %-Marke. Nach vielen Jahren brauchen wir für 2023 erstmals wieder eine Anhebung des Hebesatzes.

Ich schlage Ihnen vor, den **Hebesatz auf 32 %** festzusetzen.

An sich bräuchten wir 34 % – vor den Sparrunden waren sogar 37%. Das können wir den Kommunen, die derzeit selber zu kämpfen haben, nicht zumuten. Daher haben wir uns an der mittelfristigen Finanzplanung orientiert, die für 2023 die 32 % angenommen hat.

Man bedenke: letztes Jahr waren die Ukraine-Effekte noch gar nicht absehbar.

Zu den **Gesamteinnahmen**:

Sie belaufen sich auf 542 Mio. Euro. Die Kreisumlage macht mit 224,6 Mio. Euro einen Anteil von 41% aus. Zugegeben: Mir wäre lieber, wenn die Landkreise an einer Wachstumssteuer des Bundes (vorzugsweise der Umsatzsteuer) beteiligt würden und von einer Refinanzierung durch die Kommunen verschont blieben. Ob ich das noch erlebe, weiß ich nicht.

Zu den **Gesamtausgaben**: Sie liegen bei 558 Mio. Euro.

Der Sozialhaushalt bildet mit brutto rund 60 % den Löwenanteil, auf den ÖPNV entfallen brutto 53 Mio. Euro. Insgesamt geben wir 558 Mio. Euro aus.

Saldiert man die Einnahmen und Ausgaben bleibt ein Minus von rund 16 Mio. €. Ein solches Minus ist eher kritisch und darf nicht auf Dauer sein. Da wir auch für das laufende Jahr mit einem verbesserten Rechnungsergebnis von ca 8. Mio. Euro rechnen, erhoffen wir uns zu diesem „Schönheitsfehler“ (letztlich 1,5 Mio. Euro) den Segen der Rechtsaufsicht.

Ich komme zu den größten Blöcken beim Zuschussbedarf.

2. Soziale Aus-und Aufgaben explodieren!

Wie jedes Jahr dominiert dabei der Sozialetat. Der Zuschussbedarf liegt mit 147 Mio. € auf Rekordhöhe. Er steigt gegenüber dem Vorjahr um 12 Mio. Euro. Das allein sind knapp zwei Kreisumlagepunkte.

Der Löwenanteil entfällt auf die **Eingliederungshilfe für Menschen mit Behinderungen** mit 74,2 Mio. Euro. Das sind rund 10 Mio. Euro mehr als im Vorjahr. Ursachen sind steigende Fallzahlen sowie die Umsetzung der 3. Reformstufe des Bundesteilhabegesetzes. Es ist mit merklichen Kostensteigerungen zu rechnen. Die Mehraufwendungen sollen vom Land erstattet werden. Aber aufgrund vieler offener Fragen und Unklarheiten zur Umsetzung besteht ein Haushaltsrisiko.

Zudem ist der BTHG- bedingte Verwaltungsaufwand enorm. Jeder Fall muss individuell geprüft und ein persönlicher Teilhabepan erstellt werden. Das erfordert Geld und Personal. Beides ist knapp. Der Bund hat die Leistungsrechte hoch geschraubt, die Umsetzung ist viel zu kompliziert. Da muss die Politik aus unserer Sicht nochmal ran.

Zur **Grundsicherung**: Der Zuschussbedarf erhöht sich um drei Mio. € und ist mit insgesamt 12,3 Mio. € veranschlagt.

Bei der Anzahl der Bedarfsgemeinschaften im Jobcenter kalkulieren wir für 2023 im Jahresschnitt mit 7.400 Bedarfsgemeinschaften – eine Steigerung um 12 % gegenüber dem Ansatz von 2022.

Dabei macht uns der Rechtskreiswechsel aus dem Asylbewerberleistungsgesetz bei den Flüchtlingen aus der Ukraine am meisten zu schaffen. Er war kropfunntig – wirkt magnetisch und konterkariert eine faire europaweite Verteilung der Flüchtlinge. Die Ampelregierung ist daher aufgefordert, diesen Fehler zu korrigieren und Fehlanreize zu unterbinden.

Außerdem treibt uns eine weitere Sorge um: Ab nächstem Jahr ersetzt der Bund Hartz 4-Leistungen u.a. durch das Bürgergeld. Erhebliche Mehrkosten sind vorprogrammiert. Mit dem **Bürgergeld** entfernt sich der Staat vom Prinzip der Eigenverantwortung des Bürgers. Das Bürgergeld nähert sich einem bedingungslosen Grundeinkommen. Es ist fraglich, ob eine Arbeit in unteren Einkommensklassen – zumindest in manchen Lebenslagen – noch attraktiv bleibt.

Ich möchte bei aller Kritik auch etwas Lobenswertes loswerden: Die **Ausweitung des Wohngeldes** – nämlich die Verdreifachung des Empfängerkreises – richtig und wichtig – gerade für unseren Landkreis mit seinen teuren Mieten. Sie ist für die Menschen wichtig, die viel arbeiten, aber wenig verdienen und sich Miete und

Nebenkosten kaum leisten können. Es ist nicht Gießkanne, sondern auf einen hilfsbedürftigen Personenkreis fokussiert. Für unseren Landkreis dürfte sich die Zahl der Empfängerhaushalte von 1.400 auf rd. 4.200 erhöhen. Wir werden uns deshalb so rasch als möglich so aufstellen, dass wir die Wohngeldanträge zügig bearbeiten können.

Bezahlbaren Wohnraum zu schaffen, bleibt weiterhin ein großes Anliegen.

Beim Bündnis für bezahlbaren Wohnraum wollen wir neuen Schwung aufnehmen. Herr Minic treibt es voran und wir erörtern derzeit, wie wir gemeinsam mit den Kommunen und kirchlichen Trägern auf Verbesserungen hinwirken können. Im nächsten SGA ist dazu ein Bericht vorgesehen.

Damit komme ich zur **Jugendhilfe**.

Hier liegt der Zuschussbedarf bei 39 Mio. Euro. Davon entfallen auf die Hilfen für junge Menschen 36 Mio. Euro. Aufgrund gesetzlicher Anforderungen sind wir gehalten, mehr Personal einzustellen. Schwerpunktmäßig bauen wir den Allgemeinen Sozialen Dienst aus, wo wir uns auf ein Stufenkonzept über mehrere Jahre verständigt haben. Eine gute wirkungsorientierte Jugendhilfe ist das A und O für die Zukunftsperspektiven junger Menschen. Mit Herrn Hennig als Amtsleiter haben wir einen guten Fang gemacht.

Der Ausbau von Kitas schreitet voran. Ich danke den Kommunen für ihre großen Kraftanstrengungen! Dennoch gibt es teilweise zu wenige Plätze. Obwohl der Landkreis keine Kita-Plätze ausbaut, dürfen Geschädigte ihre Rechtsansprüche an den Landkreis richten. Das kann für uns richtig teuer werden, wenn zum Beispiel Ärzte oder Ingenieure auf Verdienstaussfall klagen.

Daher stehen Landkreis und Kommunen in einer engen Schicksalsgemeinschaft. Das Geld ließe sich noch irgendwie auftreiben, doch es fehlt hinten und vorne an Fachkräften. Die Ansprüche der Eltern steigen, die Möglichkeiten der Gemeinden sinken. Die Gelackmeierten sind die Kommunen.

Das ist eine gefährliche Entwicklung. Bund und Land sind gefordert, nicht immer weitere Rechtsansprüche zu produzieren und überhöhte Standards konsequent abzubauen. Das gilt etwa für die Kita-Gruppengröße genauso wie für die Anforderungen an Fachkräfte.

Busunternehmer retten und ÖPNV ausbauen!

Ich komme zum ÖPNV-Budget. Inzwischen liegen der Zuschussbedarf – inkl. der Schülerbeförderung – bei netto 46 Mio. Euro. Den größten Teil machen die Umlagen an den Verband Region Stuttgart und an die beiden Zweckverbände aus, gefolgt von Zuschüssen für Busverkehre.

Zwei Gründe sind ausschlaggebend: Corona und Ausbau der Leistungen.

Wir spannen für 2023 einen Kreisrettungsschirm auf. Er sichert die gebeutelten Busunternehmen und beugt drohenden Insolvenzen vor. Die Fahrgastzahlen liegen

immer noch unter dem Niveau vor Corona. Steigende Treibstoffpreise bringen Busunternehmen in Existenznöte. Die Branche hat zudem ein Busfahrerproblem.

Wir springen soweit möglich in die Bresche. Wir erwarten aber von Land und Bund, dass sie uns nicht im Stich lassen.

Die Finanznot zwingt dazu, Prioritäten zu setzen. Ich sehe die Sicherung der Busverkehre als prioritär gegenüber allen ehrgeizigen Plänen, die Zahl der Fahrgäste zu verdoppeln. Das Verdoppelungsziel ist richtig, es muss aber auch finanziert werden. Daher ist hier zuvörderst der Staat gefordert, die kommunale Ebene blutet heute schon kräftig.

Neben der Stärkung des Busverkehrs tun wir gut daran, den Ausbau der Schiene fortzuführen.

Bei der **Schönbuchbahn** verzögert sich der Start mit neuen Triebzügen. Inzwischen haben wir den Druck ggü. CAF erhöht. Am 30. September hat CAF – auf den letzten Drücker – den versprochenen Zeit- und Maßnahmenplan zur Zulassung geliefert. Der Plan erfüllt unsere Erwartungen leider nicht. Erst im März 2024 so CAF – können die Fahrzeuge eingesetzt werden. Das dauert viel zu lang.

Wir werden darauf drängen, den Zeitrahmen enger zu stecken und auf eine Abnahme fahrbereiter Triebzüge noch im Jahr 2023 insistieren.

Bei der **Gäubahn** ist eine Verständigung geglückt, dass der Pfaffensteig-Tunnel langfristig die beste Lösung ist. Der IC- Halt Böblingen bleibt. Unser politischer Druck hat sich gelohnt. Allerdings schmerzt die mehrjährige Unterbrechung bei Vaihingen, wenn die Panoramastrecke wegfallen sollte. Hier hoffe ich auf gute Argumente aus dem Fakten-Check, dem die Stadt Stuttgart zugestimmt hat.

Unsere **Potenzialstudien** für Schienenstrecken zeigen, dass durchaus auf bestimmten Achsen der Bedarf groß ist, z.B. für die Stadtbahnverlängerung von Vaihingen nach Sindelfingen oder eine Schienenverbindung zwischen Herrenberg und Nagold.

In Sachen **Radverkehr** treten wir weiterhin kräftig in die Pedale. Bis 2024 wollen wir eine durchgängige Radschnellverbindung bis Herrenberg hinkriegen. Auch die anderen beiden Radschnellverbindungen packen wir an und stehen in engem Kontakt mit den Anrainerkommunen.

Unser Ursprungskonzept für Radwege stammt noch aus 2014, es ist inzwischen überholt und soll den aktuellen und künftigen Bedürfnissen angepasst werden. Darüber wird der UVA in Kürze beraten.

Noch einige Sätze zum billigeren Nahverkehr:

Das Experiment zum 9-Euro-Ticket hat – trotz mancher Kritik – viele Menschen zum Umdenken gebracht. Derzeit wird ein Nachfolgeangebot diskutiert. Das **landesweite Jugendticket** ist ein erster Schritt. Ich meine, ein landesweites Ticket für Erwachsene muss folgen. Wenn der Bund ein bundesweites Modell will, darf dies

nicht auf Kosten der Verkehrsträger gehen, sondern muss dauerhaft durch Bund und Land finanziert werden.

Zu einer zukunftsfähigen Mobilität gehört auch ein landkreisweites **Ladeinfrastrukturkonzept**. Wir sind schon recht weit gediehen und stimmen uns eng mit den Kommunen ab. Am Ende soll ein Strategiepapier mit Handlungsempfehlungen für die einzelnen Kommunen stehen – eine „Schritt für Schritt“-Anleitung.

Beim **Straßenbau** konzentrieren wir uns auf die Erhaltung. Defizite sind inzwischen weitgehend beseitigt, dank dem Sonderprogramm aus 2012, das nach zehn Jahren ausläuft. Im Dezember legen wir dem UVA eine Fortschreibung des Erhaltungsprogramms vor. Es gilt das Motto „Erhaltung vor Ausbau“, schon um die Natur zu schonen. Auch beim Straßenbau und Betriebsdienst rückt die Nachhaltigkeit stärker in den Vordergrund. Auch dort wird die Klimaschutzstrategie konsequent umgesetzt, die Pflege des Straßenbegleitgrüns ökologischer ausgerichtet.

Klima schützen und regenerative Energien ausbauen!

Nachhaltige Antriebe und ein guter ÖPNV sind wirksame Maßnahmen gegen den Klimawandel. Ebenso wichtig ist der Ausbau regenerativer Energien. Er erfolgt bislang im Schnecken tempo.

Der Bund will 1,8% der Landesfläche allein für den **Windkraftausbau** nutzen. Das Land legt für Photovoltaik noch eine Schippe drauf.

Bei der Windkraft weht buchstäblich ein neuer Wind. Der neue Windatlas beschert uns deutlich mehr Windhöffigkeit als der alte Windatlas von vor zehn Jahren.

Problem: die Genehmigungsverfahren dauern oft bis zu sechs Jahre – viel zu lang! Wir haben vor, uns gemeinsam mit den Kommunen noch attraktiver für Investoren zu machen. Einige klopfen schon munter an. Nötig sind straffe immissionsschutzrechtliche Verfahren. Dazu stellen wir uns im Bauamt organisatorisch und personell neu auf.

Und wir wollen mit einem Windkraft-Koordinator frischen Wind reinbringen, der Ansprechpartner für Investoren, Kommunen und engagierte Bürger ist. Er wirbt und informiert vor Ort, vernetzt, berät und unterstützt.

Wir setzen auf die Akzeptanz in der Bevölkerung. Wir wollen die Windkraft für die Bevölkerung auch schmackhaft machen. Wenn für Kommunen und Bürger etwas rauspringt, z.B. im Rahmen eines Genossenschaftsmodells, fällt die Überzeugungsarbeit leichter. Die Energieagentur wird hier ein neues Beratungsfeld aufmachen.

Wir werden aber nicht abwarten und andere kommen lassen. Unsere eigenen Pläne für ein Windrad bei der Vergärungsanlage holen wir aus der Schublade und starten einen neuen Versuch. Der Ablehnungsgrund von vor zehn Jahren, nachdem die Flugsicherheit von Kleinflugzeugen beeinträchtigt wäre, dürfte heute nicht mehr gelten.

Unsere Zielmarke heißt: 10+X Standorte im Landkreis Böblingen. Das ist ehrgeizig aber machbar.

Parallel drücken wir beim Ausbau der **Photovoltaik** aufs Tempo. Wir sind dabei, alle potenziellen Standorte systematisch zu untersuchen, ob und wie sie für eine PV-Nutzung geeignet sind. Wir haben unsere kreiseigenen Einrichtungen im Fokus, wie etwa Deponien und Erdwälle etc. Wir wollen aber auch auf unsere eigenen Dächer steigen, um möglichst viele PV-Anlagen zu realisieren, nicht um jeden Preis, nur wenn es wirtschaftlich sinnvoll ist.

Zudem berät unsere Energieagentur verstärkt Hausbesitzer und Firmen zu PV-Anlagen. Dort ist das Potenzial riesengroß.

Ob eine Rechtspflicht für „alte“ Dächer ein angemessenes Instrument ist, wird dieser Tage kontrovers diskutiert.

Übrigens: Der Klimawandel ist schon da. Hitze und Dürre haben wir diesen Sommer am eigenen Leib gespürt. Starkregen und Überschwemmungen sind reale Gefahren.

Wir haben mit dem Klimafolgenanpassungskonzept ein wichtiges Kompendium für Kommunen erstellt, um sich auf Klimaveränderungen einzustellen. Es ist die Blaupause für viele andere Landkreise und Regionen. Darüber hinaus haben wir Notfallpläne für den Fall von Stromausfall oder Gasmangel erarbeitet.

Investitionen umsetzen, aber marktkonform!

Meine Damen und Herren,

ich will unser Investitionsprogramm ansprechen. Es ist sehr ambitioniert.

Prioritäten müssen wir auch hier setzen, aber eher punktuell und differenziert. Bei der Radwegebrücke über die K1057 haben wir die Ausschreibung aufgehoben. Das Neubauprojekt Hotel Ritter in Sindelfingen haben wir zurückgestellt.

Klug war, in der Vergangenheit die Niedrigzinsphase zu nutzen, um viele Investitionsprojekte auf den Weg zu bringen. Die begonnenen Projekte werden wir auch zügig zu Ende bringen. Die Straßenmeisterei in Magstadt werden wir nächstes Jahr einweihen, den Bau für Fortis e.V. in Herrenberg vorantreiben.

Bei neuen Projekten werden wir darauf achten, welche Investition sich wie auswirkt. Was sich deutlich lohnt, wird eher angepackt, manches muss auf spätere Zeiten verschoben werden.

Bei den **Schulen** wird es keinen Investitionsstopp geben, allerdings nehmen wir das Tempo raus. Hier werden wir mit den Schulleitungen die Prioritäten besprechen, bevor wir im Gremium Beschlüsse fassen. Strategisch arbeiten wir unvermindert weiter: Das Bildungsbüro wird das Nutzungskonzept für den Berufsschulstandort Mildred-Scheel-Schule und Kaufmännisches Schulzentrum zu einem standortübergreifenden Schulentwicklungskonzept fortführen.

Bei der **Verwaltung** investieren wir wenig. Den Erweiterungsbau werden wir nicht aufgeben, aber auch nicht forcieren. Stattdessen richten wir uns mehr und mehr in

angemieteten Objekten ein, die über das Stadtgebiet von Böblingen verteilt sind. Langfristig sollten wir das Ziel „Einhäusigkeit“ nicht aufgeben.

Der größte Investitionsbrocken bilden unsere **Krankenhäuser**. Dafür geben wir rund eine dreiviertel Milliarde Euro aus. Herzstück ist unser Flugfeldklinikum mit Hochhaus. Hier geht es munter voran. Man kann sehen wie die Rohbauten jede Woche in die Höhe wachsen. Hohe Baupreise und Lieferketten machen uns das Leben schwer. Einige Vergaben mussten wir wegen Unwirtschaftlichkeit aufheben. Es war nötig, unsere Vergabestrategie der Marktlage anzupassen; auch auf die Gefahr hin, Zeit zu verlieren. Klar ist, dass die Baukosten steigen. Daher ist das Land gefordert, sich an den Mehrkosten zu beteiligen. Ich habe daher vor, beim Sozialminister auf einen Obulus zu pochen.

Bei den Krankenhäusern sind die Investitionskosten das Eine, das **Betriebskostendefizit** das andere. Dieses wächst in jüngster Zeit in schwindelerregender Höhe. Lagen wir vor zwei bis drei Jahren noch in der Größenordnung von 18 Mio Euro, landen wir dieses Jahr bei voraussichtlich 30 Mio. Euro. Auch andere kommunale Krankenhäuser beklagen eine Verdoppelung des Defizits innerhalb kürzester Zeit. Gründe sind geringere Fallzahlen, zu knappe Ausgleichszahlungen, und hohe Energiepreise. Bund und Land sind gefordert, den Krankenhäusern unter die Arme zu greifen. Ich habe gemeinsam mit meinem Kollegen Landrat Riegger einen Hilfeschrei an den Bundesgesundheitsminister gerichtet (Brief in Mandatos).

Unabhängig davon müssen wir alle Hebel in Bewegung setzen, aus eigener Kraft das Defizit zu reduzieren. Ziel muss sein, dass das Minus kurzfristig unter die Marke von 30 Mio. Euro zu drücken und langfristig mit dem Flugfeldklinikum im Rücken die angepeilte Marke von 11 Mio. Euro zu erreichen.

Der neue Geschäftsführer braucht bei den Jahresdefiziten eine klare Zielvorgabe des Trägers. Wir müssen eine Schmerzgrenze definieren.

Mit dem Geschäftsführer Herrn Loydl und dem künftigen Geschäftsführer Herrn Schmidtke ist verabredet, kurzfristig ein abgestimmtes Sparprogramm aufzulegen. Flankierend ist beabsichtigt, durch ein externes Büro eine Potenzialanalyse zu erstellen. Das Flugfeldklinikum wird die Defizite deutlich senken; die Kunst besteht darin, die Zeit bis dahin gut zu überbrücken. Das funktioniert nur, wenn wir zügig die Prozesse weiter optimieren und eine Restrukturierung der Häuser in Angriff nehmen. Parallel dazu müssen Medizinkonzept und Campus-Modell beachtet, aber auch laufend angepasst werden.

Ein großes Manko ist die **Gesellschafterstruktur**. In Anbetracht der wachsenden Schwierigkeiten ist eine Volfusion jetzt noch dringlicher. Einige Fusionsfragen konnten wir bereits in der AG Fusion klären. Ich bin guter Dinge, dass wir die Volfusion noch mit dem alten Kreistag unter Dach und Fach bekommen.

Ich komme zur **Abfallwirtschaft**:

Man kann es nicht allen recht machen, das gilt in gewöhnlichen Zeiten. Aber derzeit kann man es niemandem recht machen. Auch die Bürger wird es treffen, wenn wir **Abfallgebühren** anheben müssen.

Wir kommen um Erhöhungen von ca. 4% für einen Musterhaushalt nicht herum. Zur Anhebung zwingt uns die unsinnige Abgabe auf CO₂ durch Restmüll, die der Bund erheben will, weil er annimmt, es handelte sich dabei um unnötigen Brennstoff. Auch für die kommenden Jahre ist deswegen mit weiteren Steigerungen zu rechnen.

Ich bin klar für die Stärkung der Kreislaufwirtschaft, aber es gibt Restmüll, der sich als Recyclat nicht mehr eignet. Aufgrund der vorbildlichen Mülltrennung im Einzugsgebiet des Restmüllheizkraftwerkes verzeichnen wir den niedrigsten Brennwert des Restmülls bundesweit. Da steckt nichts Gehaltvolles mehr drin. Die thermische Verwertung ist dann immer noch die sinnvollste Methode, v.a. wenn man daraus Fernwärme und Strom gewinnt. Ich habe daher den Bundeswirtschaftsminister aufgefordert, diese Zusatzbelastung zurückzunehmen. Es belastet die Gebührenzahler ohne einen Nutzen.

Glasfaser weiter ausbauen und Digitalisierung vorantreiben

Mit dem Zweckverband **Breitbandversorgung** schaffen wir einen schnellen und flächendeckenden Ausbau des Glasfasernetzes. Wir kooperieren mit der Deutschen Telekom, nutzen aber auch das gewachsene Interesse anderer Marktteilnehmer. Mit unserer mutigen Doppelstrategie konnte der Ausbau beschleunigt und der Versorgungsgrad auf inzwischen 23,5 % erhöhen. Damit liegen wir innerhalb der Region Stuttgart nicht mehr im Mittelfeld, sondern an der Spitze. Regionsweites Ziel ist es, bis 2025 alle Unternehmen sowie 50 % Privathaushalte anzuschließen und bis 2030 90 %. Für den Landkreis Böblingen streben wir an, diese beiden Zielmarken bereits Ende 2023 und Ende 2028 zu erreichen. Wir sehen uns hier in der Pflicht, stärker aufs Gaspedal zu treten.

Neben dem Glasfaserausbau fördern wir digitale Innovationen. Das **Zentrum für Digitalisierung** und **AI Xpress** bieten etablierten Unternehmen und Start-Ups neue Startchancen ins digitale Zeitalter.

Auch Schüler werden im AI Xpress spielerisch an die **MINT-Fächer** herangeführt.

Unser Herzstück ist das **Herman-Hollerith-Zentrum**, das nächstes Jahr sein 10. Jubiläum feiert. Anlass, sich neue Ziele zu setzen. Derzeit hat das HHZ 200 Studenten, alsbald erreichen wir die Zahl 350. Angepeilt sind 500+. Die Firmen saugen die Absolventen auf, die Nachfrage ist sagenhaft hoch und geht tendenziell in Richtung 1000 Studierende. Doch wir wollen uns in Schritten entwickeln und maßvolle Ziele setzen.

Ich bin mir sicher: Jeder investierte Euro in Innovation, Gründungen und Bildung macht sich später 10fach bezahlt. Auch deshalb sind die Perspektiven immer noch sehr gut für den Landkreis Böblingen. Der Zukunftsatlas sieht uns auf Platz 6 von

400 Stadt- und Landkreisen in Deutschland. In Baden-Württemberg stehen wir auf Platz 1.

Schlussbemerkungen

Noch einige Schlussbemerkungen: Manfred Rommel hat einmal gesagt: „Öffentliche Gelder haben zurzeit eine hervorstechende Eigenschaft – sie fehlen meistens.“ Das war vor 20 Jahren, wir kennen das also.

Auch die momentane Krisenzeit werden wir meistern! Vergessen wir das nicht. Es geht uns immer noch vergleichsweise gut. Rund 8 Mrd. Menschen leben auf diesem Planeten. Mindestens 7,5 Mrd. beneiden uns und würden gerne mit uns tauschen. Daher ermuntere ich uns alle zu einer großen Portion Optimismus: *„Ein Pessimist sieht in jeder Lösung ein Problem. Ein Optimist sieht in jedem Problem eine Lösung.“* Seien wir Optimisten.

Zuversicht gepaart mit Gemeinschaftssinn und einem engen Miteinander trägt uns durch diese Zeit. Beides wollen wir gerne befördern. Die Gelegenheit dazu ist nächstes Jahr sehr günstig. Warum?

Der Landkreis Böblingen hat 2023 sein 50. Jubiläum. Und deshalb wollen wir auch zusammen feiern. Wir bereiten ein breites Jahresprogramm mit vielen Aktionen und Veranstaltungen vor. Höhepunkt des Jahres ist ein großes Bürgerfest am 9. Juli in Böblingen.

Feste muss man feiern, wie sie fallen. Ich hoffe, dass die dunklen Wolken bis dahin verfliegen sind und wir unbeschwert das Jubiläum genießen.

Wir können die Krisen nicht ignorieren. Aber wir wollen uns von den sorgenvollen Gedanken lösen und unseren Teil beitragen, das Leben zu erleichtern. Seien wir stolz auf das tausendfache Ehrenamt, das so viele Freiwillige in Vereinen und sozialen Einrichtungen ausüben.

Zum Schluss gebührt mein Dank dem Kreiskämmerer Björn Hinck, seiner Amtsleiterin Wiebke Höfer und dem gesamte Team der Kämmerei. Sie pflegen den Kreishaushalt, haben alles durchgerechnet und austariert.

Das Prinzip Hoffnung steckt im Haushaltsplan, damit der Mut uns nicht verlässt. Der Nebel steigt, es fällt das Laub. Das Zahlenwerk ist wetterfest.

Der Haushalt ist eingebracht, die Beratungen können beginnen.